Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
11 (1897)

116 (20.5.1897)

urn:nbn:de:gbv:45:1-260601

Visual Library

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werkthätigen Volkes. Nebst der illustrirten Sonntagsbeilage: „Neue Welt“.

Das „Norddeutsche Volksblatt“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementspreis pro Monat (inkl. Bringerlohn) 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 5290) vierteljährlich 2,10 Mk., für 2 Monate 1,40 Mk., monatlich 70 Pfg. exkl. Bestellgeld.

Redaktion und Expedition: Bant, Neue Wilhelmshavener Straße 38. Telephon-Anschluß Nr. 58.

Inserate werden die fünfgespaltene Corpuszeile oder deren Raum mit 10 Pfg. berechnet; bei Wiederholungen entsprechenden Rabatt. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Inserate für die laufende Nummer müssen bis spätestens 12 Uhr Mittags in der Expedition aufgegeben sein. Größere Inserate werden früher erbeten.

Nr. 116. Bant, Donnerstag den 20. Mai 1897. 11. Jahrgang.

Die Vereinsgesetznovelle vor dem preußischen Abgeordnetenhause.

Am Montag befaßte sich der preußische Landtag mit dem Machwerk der Reaktion, das ganz Deutschland in Aufregung versetzt und den Schleier gelüftet hat von dem Ziele, auf das die preußischen Reaktionäre zu steuern. Die Junker begründen zwar die Nothwendigkeit eines solchen Polizeigesetzes mit der Umsturzgefahr durch die Sozialdemokratie; ihr Herzenswunsch ist aber damit auch jede ernsthafte bürgerliche Opposition mundtodt machen zu können. Das geht aus der Debatte, die wir folgen lassen, deutlich hervor:

Ministerpräsident Fürst zu Hohenlohe tritt der Behauptung entgegen, daß die Vorlage mit der von ihm abgegebenen Erklärung nicht im Einklang stehe. Ein Gesetzentwurf, der lediglich die Aufhebung des Koalitionsverbotes als Gegenstand hätte, wäre vielleicht nicht einmal der Zustimmung des Hauses sicher gewesen; er hätte dann materiell das Versprechen nicht eingelöst. Er stehe nicht an, zu erklären, daß er das Vereins- und Versammlungsrecht als eine der werthvollsten Errungenschaften betrachte, als ein schlechthin unentbehrliches Mittel, die politische Entwicklung und Erziehung des Volkes zu fördern. Andererseits berge ein unbeschränktes Vereinsrecht große Gefahren in sich. Es sei daher die Aufgabe der Regierung, zwischen der Unterdrückung und Schrankenlosigkeit des Vereinsrechtes die richtige Mitte zu finden. Redner bespricht die einschlägigen Bestimmungen in verschiedenen außerpreußischen Bundesstaaten und erklärt, daß es der Staatsregierung selbstverständlich fern liege, das verfassungsmäßige Versammlungs- und Vereinsrecht in Preußen an sich anzutasten. Bei eingehender Prüfung werde das Haus finden, daß es sich hier nicht um einen willkürlichen Eingriff in das gewährleistete Vereins- und Versammlungsrecht handle, sondern um die Ausgestaltung desselben im Sinne der Verfassung, entsprechend den Bedürfnissen der Zeit.

Abg. Krause (natl.): Es mag ja sein, daß der Reichskanzler sich bewußt ist, seine Zusage erfüllt zu haben, aber es fragt sich, ob der Reichstag derselben Ansicht ist. Die große Mehrheit des Reichstages war der Meinung, daß man lediglich den § 8, das Verbindungsverbot habe aufheben wollen. Man war weit davon entfernt anzunehmen, daß die Regierung Kompensation fordern wollte, und besonders davon, daß sie derartige Kompensationen fordern wollte. (Zustimmung bei den Nationalliberalen.) In der materiellen Erfüllung des Versprechens hat die Vormacht Preußens sich den Rang ablaufen lassen von kleinen Bundesstaaten, welche einfach die Aufhebung des Verbindungsverbotes beschlossen haben. Wenn wir aber dieser Vorlage in großen Theilen nicht zustimmen können, so wollen wir doch einer eingehenden Erörterung uns nicht widersetzen, nicht, als ob diese nicht auch im Plenum möglich wäre, sondern weil wir auch den Anschein vermeiden wollen, ab irato zu handeln, wollen wir dem Wunsche großer Parteien, eine Kommissionsberathung herbeizuführen, nicht widerstreben. Zunächst hätten wir gewünscht, daß die Regelung durch Reichsgesetz erfolgt wäre, hier, wo es sich um so wichtige Volksrechte handelte. Das Verbindungsverbot war vollkommen werthlos geworden und wurde tagtäglich von allen Parteien verletzt. Für die Aufhebung einer so völlig werthlosen Bestimmung zahlt man keine Kompensationen. Aber das Versprechen muß natürlich eingelöst werden, und wenn die Vorlage fällt, so ist der Reichskanzler verpflichtet, eine Regelung auf reichsgesetzlichem Wege herbeizuführen. (Sehr richtig!) Redner geht dann auf die Einzelheiten ein. Das Theilnahmeverbot für Minderjährige werde von seinen Freunden nicht für eine Beschränkung, sondern für eine thatsächliche Sicherung des Vereins- und Versammlungsrechts angesehen, das durch solche unreifen Personen nicht geradezu illusorisch gemacht werde. Auch der sozialistische Abg. Auer habe für eine solche Bestimmung ein tolerari posse geäußert. Mit der Fassung in Artikel 5 sind wir aber nicht einverstanden. Wenn die Polizei das Recht hat, eine Versammlung aufzulösen, wenn nach ihrer Ansicht Minderjährige sich in ihr befinden, dann ist das ganze Versammlungrecht aufgehoben. Gegnerische Parteien können dann ja absichtlich junge Leute in die Versammlungen ihrer Gegner schicken, um deren Auflösung herbeizuführen. Noch ganz anders liegt die Sache bei Art. 1 und 3. Es ist ernstlich zu prüfen, ob diese Artikel — ich verweise nur auf den Begriff „Oeffentlicher Frieden“ — nicht Verfassungsänderungen enthalten und an solche darf man in unserer Zeit nur mit größter Vorsicht herantreten. Wie große Vorsicht gegenüber der Anwendung durch die Behörde erforderlich ist, hat ja Ihre Spitze selbst, der Minister des Innern bewiesen, als er gegenüber den offenbaren Gesetzesverletzungen gegen den Verein Nordost, die der Abg. Rickert in dankenswerther Weise hier zur Sprache gebracht, kein anderes Wort hatte, als die Auffassung bei den pommerschen Behörden sei eine nicht ganz geklärte; ja die Auffassung des Ministers war uns da freilich eine ganz geklärte. (Zustimmung und Heiterkeit links und im Zentrum.) Durch alle Reglements ist die richtige Handhabung des Gesetzes nicht gewährleistet, dazu gehört Takt und den haben die Beamten doch oft genug zu sehr vermissen lassen. Eine Bestimmung, daß Vereine und Versammlungen, die den Strafgesetzen zuwiderlaufen, aufzulösen sind, ist bei korrekter Auslegung überflüssig, weil selbstverständlich; aber wenn Sie ausdrücklich solche Bestimmungen treffen, so müssen sich die untergeordneten Polizeiorgane fragen, was läuft den Strafgesetzen zuwider? Dann kommen sie sehr leicht zu Mißdeutungen und falscher Gesetzesanwendung. Man denke nur an den groben Unfug. Das bestehende Gesetz reicht vollkommen aus; ebensowenig ist der Begriff der öffentlichen Sicherheit, insbesondere der Sicherheit des Staates klar und nicht der Mißdeutung fähig. Es ist doch ganz unmöglich, wenn wir uns über diesen Begriff nicht einigen können, die Entscheidung darüber den überwachenden Polizeiorganen zu überantworten. Und nun der öffentliche Frieden! Der Minister hat dem Verein Nordost Beeinträchtigung des Friedens vorgeworfen. (Sehr richtig! rechts.) Ich frage Sie: Wollen Sie auf Grund des Art. 1 auch den Verein Nordost schließen? (Rickert: Natürlich.) Gewiß wollen wir, daß die öffentliche Sicherheit, der Friede, gewahrt werde, aber wir wollen die Entscheidung über diesen Thatbestand nicht dem Ermessen untergeordneter Polizeiorgane überlassen (Lachen rechts), denn in 99 von 100 Fällen werden sie nicht das Richtige treffen. Wir bedürfen keiner neuen Schutzmittel gegen die Umsturzparteien. Halten wir nur alle gegen sie fest zusammen. (Lachen rechts.) Mit Polizeimaßregeln eine geistige Bewegung unterdrücken zu wollen, ist ein verhängnißvoller Irrthum. Ich bin jetzt mit einem großen Theile meiner Freunde doch sehr zweifelhaft geworden oder vielmehr, wir haben keine Zweifel, daß man heute die Sozialdemokratie mit Sondergesetzen bekämpfen kann. Bei allgemeinen Gesetzen aber ist die größte Vorsicht nöthig. Die Erklärungen von Ministern können uns nicht beruhigen, denn auch Ministerien sind heute Blüthen, zu deren Abwehung nicht einmal ein Sturm gehört. (Heiterkeit.) Eine ähnlichere Begründung für eine so wichtige Vorlage ist mir auch noch nicht vorgekommen. (Heiterkeit.) Es fehlt an jedem Nachweis eines Bedürfnisses. Man verweist auf die Gesetze anderer Staaten. Aber hat man dort damit etwa Erfolg gegen die Sozialdemokratie erzielt? Und wo hat man überhaupt jemals mit Polizeiwillkür gewaltsame Regungen zu unterdrücken vermocht? Das Gegentheil ist damit erreicht worden. (Lebhafte Zustimmung.) Arbeiten wir lieber dem Pessimismus entgegen, der heute alle Volksschichten ergreift. Der Minister hat im Februar 1896 im Reichstage davor gewarnt, ohne Noth das schwierige Thema des Vereinsrechts anzugreifen, denn dabei würde heutzutage gleich alles nervös. Und doch wirft er jetzt selbst solchen Zündstoff in die Massen! Meine Freunde sind einig darin, daß diese Vorlage nicht geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu sichern, daß sie vielleicht sogar einmal gegen sie trotz ihrer Friedensliebe angewandt werden soll und sie bedauern, hierbei nicht mit denen zusammengehen zu können, mit denen wir sonst gern gemeinsam den Kampf gegen den Umsturz führen möchten. Geistige Krankheiten kurirt man nicht mit Polizeimedikamenten! (Lebhafter Beifall links und im Zentrum. Zischen rechts.)

Abg. v. Heydebrand (kons.): Wir erkennen an, daß diese Vorlage im Wesentlichen durchaus das Richtige trifft und werden für sie eintreten. Auf Abschwächungen können wir uns nicht einlassen, wenn die Vorlage überhaupt noch irgend einen Werth für uns behalten soll. Ein unbeschränktes Vereins- und Versammlungsrecht kann es nicht geben, und mit dieser Beschränkung treten wir ebenso für das Vereins- und Versammlungsrecht ein wie Herr Dr. Krause. (Beifall rechts.) Er beruft sich auf die Anwendung des Gesetzes durch die Polizeiorgane; wem will er denn aber die Handhabung der Gesetze eigentlich überlassen? Er will kein allgemeines Gesetz, er will auch kein Sozialistengesetz; ja, das ist entweder der Bankerott des Staates oder Widerspruch. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Hätte man bei Aufstellung der Verfassung die Entwickelung vorausgesehen, so hätte man manches anders gefaßt. Wenn wir in den Formen der Verfassungsänderung diese Punkte besser regeln, so handeln wir durchaus im Geiste der Verfassung. Im Reichstage ist ein auch nur einigermaßen unserer Auffassung entsprechendes Vereinsgesetz nicht zu erlangen, deshalb thut die Regierung ganz recht, sich an den preußischen Landtag zu wenden. Dem alten preußischen Staatsgedanken entsprechend, muß eine wirksame Vorkehrung gegen die Elemente des Umsturzes getroffen werden und da ist es unsere Pflicht, die Regierung zu unterstützen. (Lebhafter Beifall rechts.) Die allgemeinen Begriffe Frieden und Ordnung rc. lassen sich nicht definiren, da fragt es sich nun, haben Sie das Vertrauen zu der Regierung oder nicht?

Der Minister des Innern bedauert den Standpunkt des Abg. Krause und bemerkt, die Regierung habe bereits seit längerer Zeit das Bedürfniß der Verstärkung der Befugnisse empfunden. Eine gesunde Entwickelung des Vereinswesens wolle man nicht hindern. Redner schließt, indem er den Ausführungen des Abg. Krause entgegentritt, unter anhaltendem Zischen der Linken und des Centrums, sowie Bravo der Rechten.

Abg. Fritze (Zentr.) bemerkt, schon das Einbringen der Vorlage habe genug Unheil gestiftet. Das Zentrum stimme einstimmig gegen die Artikel 1 und 3.

Abg. Rickert (FVg.): Graf Caprivi hat alle Parteien für national erklärt. Ein nationalliberaler Abgeordneter sagte einmal mit Recht: jedes Mal, wenn ich das Wort „national“ höre, glaube ich, daß irgend etwas Reaktionäres dahinter steckt. Im Reichstag haben auch Nationalliberale ihren Namen neben Sozialdemokraten unter Anträge gestellt, das ist doch keine Schande, denn diese sind doch ebensogut Vertreter des Volkes wie wir. Und wie war es mit den Konservativen? Die haben wiederholt erklärt: „Lieber ein Sozialdemokrat als ein Freisinniger.“ Der Minister des Innern sagte mir vor wenigen Tagen, ich sollte mich nicht um ungelegte Eier kümmern. Ei, ei! Herr Minister, welch ein Wort! (Große Heiterkeit.) Den Tag vorher hatte er schon die Ermächtigung zum Legen dieses „großen Eies“ erhalten, und war ihm es unangenehm, damit ans Tageslicht zu kommen. Gerade das Frohlocken der Sozialdemokraten zeigt, wie schmackhaft ihnen das große Ei des Herrn v. d. Recke ist. (Stürmische Heiterkeit.) Dagegen hat selbst ein Organ des Bundes der Landwirthe seinerzeit sich aufs schärfste dagegen ausgesprochen, daß das Versprechen des Reichskanzlers mit irgend welchen Kompensationen verknüpft werde. Aber die Herren der Regierung wissen sehr wohl, wie es in ihrem Innern aussieht. Ich habe vom Versprechen des Reichskanzlers gelernt; ein so unschuldiges Gemüth, wie das meine, mußte glauben, daß ich darauf bauen konnte. Aber Herr v. d. Recke hatte damals schon die Absicht, das Ei zu legen. (Heiterkeit.) Die Bestimmung über die Minderjährigen involvirt eine Verfassungsänderung. Die ganze nationalliberale Partei ist gegen eine reaktionäre Umgestaltung des Vereinsrechts. Wie kommt der Minister dazu, Spaltung in ihre Reihen zu bringen, indem er sagt, die Rede des Abg. Krause erregt im Lande unter den Nationalliberalen Kopfschütteln. Wie kommen Sie überhaupt dazu, eine solche Vorlage einzubringen? (Lachen rechts, auch Minister v. d. Recke lacht.) Der Herr Minister lacht. (Sehr richtig! rechts.) Nun, daß Herr v. d. Recke der Mann nach Ihrem Herzen ist, wissen wir lange. Der Minister möge nur im Falle der Ablehnung des Gesetzes dem König die Auflösung des Hauses vorschlagen, dann wird sich zeigen, ob das wahr ist, daß die Mehrheit des Volkes dieses Gesetz billigt. Soll ich noch etwas sagen über die Motive? (Ironische Rufe rechts: Ne, ne!) Jetzt gerade. (Stürmische Heiterkeit.) So mangelhafte Motive habe ich selten in einem Gesetz von so hoher Bedeutung gelesen. Es finden sich darin kostbare Auslegungen, eine immer besser als die andere; die alten landrechtlichen Bestimmungen aus dem vorigen Jahrhundert werden wieder hervorgeholt. Von Gott und Rechts wegen hat das Reich die Befugniß, die Vereinsgesetzgebung zu regeln. Wenn Preußen hier partikularistisch vorangeht, so dürfen Sie sich doch über die Haltung Bayerns in Sachen der Militärstrafprozeßordnung wahrlich nicht wundern. Wie Versammlungen oft von überwachenden Organen aufgelöst werden, entgegen dem Wortlaut des Gesetzes, beweist der bekannte Vorgang in Schneidemühl mit den „Lehrlingen“. Nach 8 Monaten kam erst von dem Minister der Bescheid, daß die Auflösung gesetzwidrig war. Warum wird der Beamte nicht zur Rechenschaft gezogen? Vom einfachsten Mann aus dem Volk verlangt man Gesetzeskenntniß, aber Beamte dürfen wie die Paschas hausen. Würde die Vorlage Gesetz werden, so könnten alle Versammlungen aufgelöst werden, in denen ich rede, denn der Minister hat erklärt, daß meine Agitation den Frieden gefährdet. Wie denkt der Minister darüber, wenn ein liberaler Landrath einmal eine Versammlung des Bundes der Landwirthe auflöst, mit der Motivirung, daß die Agitation des Bundes vom Landwirthschaftsminister als gemeingefährlich bezeichnet ist? Und Herr Stöcker könnte ja dann überhaupt nicht mehr den Mund aufthun; ebenso wäre Herr Naumann geliefert. Redner kommt dann nochmals auf die gesetzwidrigen Auflösungen und Verbote und Versammlungen im Kreise Stolp zu sprechen und wird fortwährend von der Rechten durch lärmende Zurufe unterbrochen. Den geordneten Polizeiorganen darf man das Ueberwachungsrecht nicht einräumen, ja nicht einmal dem Landrath. Die unwürdige Stellung der Frauen hat der Minister beibehalten; er wirft sie mit Schülern und Lehrlingen in einen Topf. Der Ministerpräsident, der lange Zeit im Süden gelebt hat, sieht die Verhältnisse vom süddeutschen Standpunkt an; der Minister des Innern sollte doch in Preußen besser bescheid wissen. Die Bayern sind nicht zahmer, als die Preußen, und doch macht die Regierung von ihrem Recht auf Schließung der Vereine nur selten Gebrauch. Außerdem muß dort binnen acht Tagen die Entscheidung der höchsten Instanz fallen. In Hamburg und Sachsen sind allerdings scharfe Gesetze, aber dort haben die Sozialdemokraten trotzdem die größte Majorität. Lockt Sie das denn? Wir in Preußen sind noch unter dem Durchschnitt Deutschlands mit unserm Vereinsrecht, und nun kommt der Minister des Innern und

---

Wahn und Wirklichkeit.

Roman von W. Höffer (E. Wörishöffer).

8] — Nachdruck verboten.

Ein schlichtes Reisekleid ersetzte die Brauttoilette aus weißen Spitzen; die Besitzerin eines unermeßlichen Reichthums sah so einfach aus wie eine Gouvernante, die jeden Thaler berechnen muß. Das liebte Hermann, sie wußte es.

Und nun sollte die Fahrt in das Feenland beginnen, hinein in das Zauberreich des Glückes. Draußen wartete schon der Wagen — das Händeschütteln und Umarmen begann.

„Adieu! Adieu! Auf Wiedersehen!“

Wie im Traume hörte Ottilie die vielen freundlichen Worte. „Frau Doktorin!“ — Und sie war es, der dieser Titel galt. Hermanns Frau!

„Fahr' zu, Kutscher! Und Gott geleite Sie, Ottilie, er sei mit Ihnen!“ —

Hermann sah ruhigen Blickes in das thränenfeuchte Antlitz der alten Dame. „Ich bin bei meiner Frau“, sagte er. „Eines anderen Schutzes bedarf sie nicht!“

Und dann drehten sich die Räder. Oben in den Wolken drohte ein Gewitter und pfeifend sandte ein erster Windstoß große Staubwolken dem Wagen nach.

* * *

Auf Altrode standen zu dieser Stunde mehrere Männer im Gespräch bei einander. Etwas wie Sorge und Unruhe lag in den Zügen Aller; die Blicke waren ernst und die Stirnen gefurcht.

Einer, vielleicht ein Vogt oder Aufseher, hielt in der Hand einen offenen Brief. „Ja, Leute,“ sagte er, „Das ist nun schon so, wie es der Herr Justizrath schreibt, und wir müssen die Sache hinnehmen, — Ihr und ich gleicherweise. Heute verheirathet sich die Erbin von Altrode, ihr Mann tritt also in alle Rechte, und was er fernerhin beschließt, Das müssen wir gutheißen. Ob ein Einziger von uns im Brot bleibt, Das steht dahin.“

„Aber, Herr Görner!“

„Das steht dahin“, beharrte der Aufseher. „Aller Grund und Boden ist hier jetzt Privateigenthum und gehört also jetzt diesem Herrn Doktor Romberg. Vor Jahrhunderten hat der König einem seiner Günstlinge das Thal zwischen den Bergen und dazu das alte Kloster sammt dem See als Eigenthum für ewige Zeiten geschenkt; damals natürlich in dem Gedanken, daß es ein Rittersitz bleiben werde; aber das adelige Geschlecht ist bis auf eine Tochter ausgestorben, und so kam das Gut in bürgerliche Hände. Was weiter folgte, wißt Ihr selbst, — seit Jahrzehnten, ja noch länger ist es aufgegeben worden, hier den harten Boden zu beackern; anstatt dessen zogen Eure Voreltern in die Kathen der Tagelöhner und das alte Kloster wurde ein Stapelplatz für Flachs und Baumwolle. Ob und wie lange jetzt noch Eure Webstühle rasseln werden, Das weiß nur Gott.“

Die Männer sahen einander an. „Ja, aber was sollte wohl sonst aus uns und den Unsrigen werden?“ fugte Einer. „Wir müßten betteln oder Hungers sterben.“

„Vielleicht auch in ein anderes Weberdorf ziehen. Hier im Gebirge ohne Straßen oder Städte hocken ja die Ansiedlungen der Unsrigen wie Schwalbennester beisammen. Eine Stunde weiter hinaus liegt Schlünz und an der anderen Seite Langenau, also —“

„Sachte, sachte, Kamerad! Weder in Schlünz, noch in Langenau findest Du eine Wohnung. Die von drüben werden sich hüten, zu ihren eigenen Armen auch noch fremde anzunehmen.

Der Aufseher unterbrach das traurige Gespräch. „Kommt jetzt, Leute“, sagte er. „Wenn wir präcise zwei Uhr den alten Henninger zu Grabe tragen wollen, dann wird es Zeit.“

Von verschiedenen Seiten kamen jetzt noch mehrere Männer hinzu, und der ganze Trupp bewegte sich bis zu einer Thür, die seitwärts in den imposanten alten Klosterbau hinein führte. Hier warteten schon andere, und das kaum beendete Flüstern fing nun von Neuem wieder an.

„Frau Held mußte natürlich ihr Bündel schnüren, aber was wird aus der armen Helene?“

„Du lieber Gott, wie viel Elend giebt es doch in der Welt!“

Der Aufseher kehrte sich um. „Helene Henninger bleibt einstweilen bei mir und meiner Frau“, sagte er. „Später wird sich alles Weitere finden. Dieser Doktor Romberg sieht mir gar nicht aus wie ein Barbar und Tyrann. In der Stadt gilt er als Freund der armen Leute?“

„Woher wissen Sie das, Herr Görner?“

Er zuckte die Achseln. „Man hat seine Verbindungen“, antwortete er. „Man hört Dies und Das. Aber jetzt kommt Leute.“

Er öffnete die Thür und betrat mit seinen Begleitern eine nett eingerichtete, aber bescheidene Wohnung, deren Fenster sämmtlich verhangen waren. Aus einem Nebenzimmer drang verhaltenes Schluchzen, — mit der weißen Schürze vor den Augen trat eine alte Frau den Männern entgegen und bot ihnen, ehe der traurige Akt begann, den Leichenschmaus: selten gesehene Delikatessen für die armen Weiber mit den gekrümmten Rücken und mageren Gliedern, — ein Stückchen selbstgebackenen Kuchens, schwer wie Blei und ein Glas sauren Rothweins. Der Todte war ja während eines Menschenalters ihr Vorgesetzter gewesen, der Buchhalter des abwesenden Besitzers und alleiniger Geschäftsführer; sie hatten immer mit der Mütze in der Hand vor ihm gestanden, waren immer gütig von ihm behandelt worden und verdankten seiner Liebenswürdigkeit so manche Erleichterung ihres mühevollen Lebens, — jetzt lag er todt im Sarge und sie Alle gingen einer ungewissen Zukunft entgegen; Grund genug, die Herzen traurig zu stimmen und den Druck des Lebens doppelt schwer zu empfinden.

(Fortsetzung folgt.)

Landesbibliothek Oldenburg

bringt uns ein Gesetz, das uns auch sechszig Prozent Sozialdemokraten bringen wird. (Lachen links.) Eine schöne Aufgabe ist Ihnen gegeben, Herr Minister, machen Sie eine volksthümliche Politik, dann werden Sie den Unzufriedenheitsbazillus zerstören, mit der lex Recke aber werden Sie die Unzufriedenheit nur noch vermehren. (Beifall links.)

Justizminister Schönstedt: Ich glaube nicht, daß der Vorredner trotz seines Pathos die Sache so tragisch nimmt, denn er hat ja selbst für die Erheiterung der Herren gesorgt. Der Vorredner hat sich auch über Interna des Staatsministeriums verbreitet, und mir den Vorwurf gemacht, daß ich es bezüglich einer etwaigen Verfassungsänderung unterlassen hätte, die Auffassung des Justizressorts klar zu legen. Die Staatsregierung ist keinen Augenblick im Zweifel darüber gewesen, daß der Gesetzentwurf mit der Verfassung im Widerspruch steht und deshalb eine Aenderung der Verfassung darstellt. Die Regierung hat es aber nicht für nothwendig gehalten, eine Aenderung der Verfassung an irgend einem Paragraphen zum Ausdruck zu bringen und hat sich dabei im Einklang mit der bisherigen Praxis befunden. Auch die Verfassung des Norddeutschen Bundes ist einfach im Wege der Gesetzgebung erlassen worden.

Abg. v. Tiedemann-Labischin (ksons.) polemisirt gegen den Abg. Rickert und meint, daß alle, die es mit einer Bekämpfung der Sozialdemokratie ernst meinten, dem Gesetz zustimmen müßten. Das Gesetz würde aber auch im Kampf gegen die welfische und dänische Agitation seine Dienste zu thun. Die Regierung müßte gegen die Agitationen in Versammlungen etwas thun, auch die zahlreichen Majestätsbeleidigungsprozesse seien nur eine Folge der Verhetzungen in Versammlungen.

Minister Frhr. v. d. Recke: Auf alle Details der Rickertschen Rede kann ich nicht eingehen, denn seine Wißbegierde ist so groß, daß sie selbst ein Minister nicht befriedigen kann. Aber daß seine Wißbegierde so weit gehen würde — natürlich unbewußt — mich zu Indiskretionen zu verleiten, das hätte ich nicht erwartet. Es ist selbstverständlich, daß ich über vertrauliche Verhandlungen des Staatsministeriums nichts mittheilen kann. Wie Herr Rickert über vertrauliche Verhandlungen denkt, weiß ich nicht. Für mich ist es Ehrensache, darüber nichts zu sagen. (Beifall rechts.)

Hierauf vertagt das Haus die weitere Berathung auf Dienstag 11 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Aus dem Reichstage. Für die deutsche Volksvertretung war gestern ein hoher Tag. Die Reaktion hat ihre Flammenzeichen enthüllt, freilich nur vor den vom allgemeinen Wahlrecht Ausgemusterten im preußischen Abgeordnetenhause. Da war es an der Zeit, daß sich das Parlament auf seine Aufgabe besann und wuchtigen Protest gegen die Verkümmerung der bürgerlichen Freiheiten einlegte. Das ist geschehen in kräftigster Weise. Am Regierungstische thronte einsam Herr v. Bötticher. Der Reichskanzler hatte es vorgezogen, eine Staatsministerialsitzung einzuberufen und aus diesem Umstande wenigstens einen äußerlichen Grund für sein Nichterscheinen herzuleiten. So hatte der aalglatte Staatssekretär des Innern die Sache der Regierung allein zu führen. Trotz seiner Gewandtheit schnitt er so schlecht ab, wie ein Mann nur abschneiden kann, der zwischen zwei Stühlen sitzt. Dem Abgeordneten Rickert, der das Vereinsnothgesetz mit der Aufhebung des Verbindungsverbots für politische Vereine begründete, fühlte er sich noch gewachsen, gegen unsern Genossen Singer versuchte er noch eine Art Vertheidigung, aber auf die schweren Angriffe Richters fand er nicht ein Wort der Erwiderung. So war seine Niederlage und die des Gesammtministeriums geradezu zerschmetternd, und sie wurde durch das Ergebniß der namentlichen Abstimmung — der gesammte Reichstag gegen 53 Junker und Junkergenossen — nur noch zahlenmäßig festgelegt. Den Höhepunkt der Debatte bezeichneten drei Reden, die des Zentrumsführer Lieber, die unseres Genossen Singer und die Eugen Richters. Lieber schonte den Fürsten Hohenlohe noch nach Möglichkeit, aber er fand doch objektive Worte für den Bruch des Versprechens. Freilich, er und die Linke haben die Situation verschuldet. Hätten sie im vorigen Jahre den Rath unserer Genossen befolgt und die Beseitigung der veralteten Bestimmungen der Vereinsgesetze mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch verkoppelt, so wäre der Reaktion das Spiel verdorben worden. Diesen Gesichtspunkt hob Singer kräftig hervor. Er ermahnte den Reichstag, endlich einmal hart zu werden und seine Macht auszunutzen, sonst geht es unaufhaltsam hinab bis zum Staatsstreich. — Richters Rede war die beste, die er seit Jahren gehalten hat. Es hatte den Anschein in letzter Zeit, als sei der alte Parlamentarier müde geworden. Seinen Reden fehlte es an Glanz und Aufschwung. Gestern aber fand er seine ganze Kraft wieder und riß das ganze Haus mit sich fort. Es kommt bei uns so gut wie gar nicht vor, daß die Tribünen unter dem unmittelbaren Eindruck eines Satzes mit fortgerissen werden und zu klatschen beginnen. Bei der Richter'schen Rede geschah es zweimal, so daß Herr v. Buol, von einer konservativen Polizeifeele darauf aufmerksam gemacht, mit der Räumung der Tribünen drohte. Die Rechte, die Herrn v. Kardorff und v. Levetzow vorschickte, war sehr kleinlaut und mußte es noch erleben, daß ihr ungerathenes Anhängsel, die Antisemiten, sich auf die Seite der Opposition schlug. Die Herren haben neulich in Dresden am eigenen Leibe das „sächsische Juwel" zu spüren bekommen und die Lektion vorläufig noch nicht vergessen. So rebellirte Herr Zimmermann sehr energisch gegen den sächsischen Polizeigeist, als dessen bundesrathliche Verkörperung, Graf Hohenthal, sich sofort durch den Satz erwies, daß jede Regierung mit jedem Ausländer machen könne, was sie wolle. Die Nationalliberalen ließen durch den Abg. Bassermann erklären, daß sie bei der Stange bleiben und im preußischen Abgeordnetenhause nicht über den Stock springen werden. Das wird sich ja bald feststellen lassen. — Die denkwürdige Sitzung wird bei den Betheiligten, und betheiligt ist ja das ganze deutsche Volk, so bald nicht vergessen werden.

Zedlitz und Kanitz. Der geheimräthliche Mitarbeiter der „Post", Freiherr von Zedlitz, äußerte am Montag im Abgeordnetenhause, er würde glauben seine Pflicht zu verletzen, wenn er seinen Namen neben den eines Sozialdemokraten setzen würde. Da denkt doch sein Freund Graf Kanitz, der neulich gemeinsam mit Bebel einen Antrag zum Auswanderungsgesetz gestellt hat, weit freier. Daß im übrigen Freiherr von Zedlitz niemals in die Lage kommen wird, seinen Namen unter einen sozialdemokratischen Antrag zu setzen, dafür werden unsere Genossen sorgen. Nach den nächsten Wahlen wird sich Frhr. von Zedlitz zu den „Ausgemusterten" rechnen können.

Die Marine-Verwaltung wird mit Angriffen schwerster Art vor den Flottenschwärmern überhäuft. Diese Gesellen wollen absolut beweisen, daß die deutsche Flotte in Verfall gerathen sei. Manche Leute glauben aus dieser Behauptung einen Vorwurf gegen den Reichstag entnehmen zu sollen, der nicht die nöthigen Mittel zur Erhaltung der Flotte bewilligt hat. Wenn aber dem Reichstage ein berechtigter Vorwurf wegen seiner Bewilligungen gemacht werden kann, dann sind es die Steuerzahler, die mit Recht behaupten können, daß für Heer und Marine die Ausgaben ungebührlich in die Höhe getrieben sind. Von den Flottenschwärmern wird behauptet, 1886 sei die deutsche Flotte viel stärker gewesen als 1896. Da darf der Steuerzahler doch fragen: Wo sind denn die großen Summen geblieben, die bewilligt worden sind? Ist ein Theil der Flotte an Stärke zurückgegangen, dann ist in erster Linie die Marineverwaltung dafür verantwortlich zu machen. Denn an Mitteln hat es nicht gefehlt. Ist das Jahrzehnt von 1887 bis 1896 eine Periode des Niederganges und will man den Reichstag für den Niedergang verantwortlich machen, dann müßte man das mit Zahlen beweisen. Stellt man die in dem Jahrzehnt des Niederganges für die Marine bewilligten Summen den Summen gegenüber, die im vorhergehenden Jahrzehnt für gleiche Zwecke bewilligt wurden, so ergiebt sich folgendes Bild. Es wurden für die Marine an dauernden und einmaligen Ausgaben bewilligt:

1877—78	ℳ 61 203 200		1887—88	ℳ 52 357 000	
1878—79	„ 62 679 300		1888—89	„ 51 248 900	
1879—80	„ 43 699 300		1889—90	„ 54 901 800	
1880—81	„ 39 956 500		1890—91	„ 71 726 700	
1881—82	„ 38 003 800		1891—92	„ 85 397 000	
1882—83	„ 36 382 100		1892—93	„ 90 439 100	
1883—84	„ 39 805 100		1893—94	„ 81 230 900	
1884—85	„ 38 430 900		1894—95	„ 73 902 900	
1885—86	„ 52 058 800		1895—96	„ 81 579 400	
1886—87	„ 50 477 600		1896—97	„ 86 239 900	
	ℳ 462 696 600			ℳ 729 023 600	

In dem letzten Jahrzehnt hatte die Marine-Verwaltung rund 266 Millionen Mark mehr zur Verfügung, als in dem vorhergehenden. Die einmaligen Ausgaben betrugen in dem Jahrzehnt 1877—86 185 400 700 Mk. und in dem folgenden Jahrzehnt 272 553 000 Mk. Es standen also rund 87 Millionen Mark mehr für Anschaffung neuen Materials zur Verfügung, als in dem Jahrzehnt, welches der höchsten Blüthezeit voranging. Da sich Leute an der Agitation betheiligen, welche der Marineverwaltung sehr nahe stehen, so sollten sie bedenken, in welches Licht sie diese Behörde bringen, wenn mit dieser Art Agitation fortgefahren wird. Die Steuerzahler beklagen sich mit Recht über die ungemein gesteigerten Ausgaben, und jetzt erfahren sie von angeblich gut unterrichteter Seite, daß diese Ausgaben nicht allein keine Stärkung, sondern eine Schwächung der Wehrhaftigkeit zur See gebracht haben. Da wird der Reichstag gut thun, wenn er sich das Jahrzehnt 1877—1886 zum Muster nimmt und die Erhöhungen streicht, vielleicht tritt dann wieder eine Stärkung der Seemacht ein.

Ueber die Zulassung der Frauen zum Apothekerberuf soll der am 31. d. M. im preußischen Kultusministerium zusammentretende neu errichtete Apothekerrath befinden. Minister Dr. Bosse wünscht durch die im Apothekerrath vertretenen Sachverständigen die Frage eingehend erörtert zu sehen, inwieweit und unter welchen Bedingungen sich weibliche Kräfte im Apothekerberuf verwenden lassen. Es soll dabei hauptsächlich darauf ankommen, zu prüfen: 1) ob nach den bisher gemachten Erfahrungen anzunehmen ist, daß sich weibliche Kräfte überhaupt zur Erlernung und Ausübung des Apothekerberufs eignen; 2) ob und welche besonderen Anforderungen an dieselben bei der Zulassung zum Apotherberuf zu stellen sind; 3) ob ihnen der Betrieb einer selbstständigen oder doch einer Zweigapotheke, und unter welchen Bedingungen, gestattet werden kann; 4) ob es zu diesem Zweck des Erlasses neuer oder der Abänderung bestehender gesetzlicher oder administrativer Bestimmungen bedarf.

Die neubewilligten Liebesgaben für die Zuckerbarone haben eine solche Steigerung der Produktion hervorgerufen, daß die Produktion in den neun Monaten, vom 1. August 1896 bis 30. April 1897, die Jahresproduktion des vorhergehenden Fiskaljahres bereits übersteigt. In dem Jahre vom 1. August 1895 bis 31. Juli 1896 wurden 15 375 220 Doppelzentner und in den ersten Monaten des Fiskaljahres 16 310 444 Doppelzentner Rohzucker in Deutschland produzirt. Da weniger als sieben Millionen Doppelzentner zur Befriedigung des inländischen Verbrauchs ausreichen, muß das deutsche Volk recht tief in die Taschen greifen, um die 2,25 Mk. für jeden ausgeführten Doppelzentner zu zahlen.

Die lex Recke und die Reichseinheit. In Süddeutschland ist man über den neuesten Kurs in Preußen überaus verstimmt. Die gesammte Presse Badens, Württembergs, Bayerns macht Front gegen die Zumuthungen des Herrn von der Recke. Man erblickt in dem Vorgehen der preußischen Regierung einen Bruch des dem Reichstage und damit dem deutschen Volke gegebenen Versprechens, eine Isolirung Preußens von Deutschland. Die Liebe der Süddeutschen zum Borussenthum ist stets nicht groß gewesen. Die jetzige preußische Regierung giebt sich alle Mühe, sie noch zu verringern.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 16. Mai. Sozialdemokratie und Sprachenverordnung. Der Vorstand des sozialdemokratischen Verbandes im Abgeordnetenhause hat, da bei den Debatten über die Versetzung der Minister in den Anklagezustand wegen der Sprachenverordnung ein Sozialdemokrat nicht zu Worte gekommen ist, in der Wiener „Arbeiterztg." eine Erklärung über ihre Stellung zur Sprachenverordnung erlassen. Darin heißt es: „Wir stehen, gestützt auf die Thatsache, daß die herrschenden Parteien bisher vornehmlich nur ihr eigenes Klasseninteresse im Auge hatten und zu wahren verstanden, nicht an, es ganz offen auszusprechen, daß der wegen der erlassenen Sprachenverordnungen entbrannte Streit hüben und drüben weit mehr ein Streit um die vom Staate zu vergebenden Stellen und Aemter für die Söhne der Bourgeoisie als ein Streit für das eigentliche Recht des Volkes ist." Nichtsdestoweniger haben unsere Abgeordneten für die Anträge auf Versetzung der Minister in den Anklagezustand gestimmt, weil sie das dem Parlament zustehende Recht der Gesetzgebung nicht von der Regierung, die dieses Recht durch den Verordnungsweg umgeht, schmälern lassen wollen.

— Sozialpolitische Anträge der Liberalen. Die Thatsache, daß nun auch die Sozialdemokratie im österreichischen Parlamente Sitz und Stimme hat und die Gewißheit, daß die Liberalen auf absehbare Zeit keine Aussicht haben, zur Majorität zu gelangen, veranlaßt sie, durch sozialpolitische Anträge auf ungefährlichen Arbeiterfang auszugehen. Die liberalen Abgeordneten Dr. Lecher und Genossen beantragten in einer der letzten Sitzungen des Abgeordnetenhauses, die Regierung werde aufgefordert, spätestens anläßlich der im Jahre 1900 stattfindenden Volkszählung eine Aufnahme sämmtlicher land- und forstwirthschaftlichen und gewerblichen Betriebe, sowie der arbeitslosen Bevölkerung zu veranlassen. Ferner brachten sie auch einen Antrag ein, betreffend die Einführung der Sonntagsruhe bei den staatlichen Aemtern und Betrieben, sowie beim Verschleiße der Staats-Monopolartikel, bei den Geld-, Versicherungs- und Verkehrs-Instituten, Privatkanzleien, ferner beim Großhandelsgewerbe und beim Verschleiße der Fabrikgewerbe.

Prag, 17. Mai. Der im Omladinaprozeß vom Jahre 1894 wegen Hochverraths, Majestätsbeleidigung, Ruhestörung, Geheimbündelei und Betrugs (Verleitung seiner Eltern zu falschem Zeugniß) zu acht Jahren schweren Kerker verurtheilte 17jährige Tischlergehilfe Johann Ziegloser, dessen Notizbuch bei dem Prozeß das Hauptmaterial zur Anklage gegen zahlreiche Beschuldigte lieferte, wurde gestern infolge Amnestie aus der Pankratzer Strafanstalt entlassen.

Frankreich.

Paris, 13. Mai. Der Bankerott des „christlichen Sozialismus" in Frankreich ist von dessen Begründer, dem Grafen de Mun, proklamirt worden. In einem öffentlich bekannt gemachten Brief an einen „katholischen Arbeiterzirkel" des Norddepartements klagt der edle reaktionäre Demagoge gar wehleidig über die Abweichung der bis dahin getreuen katholischen Arbeiter von dem ihnen vorgezeichneten Wege. So lange nämlich die christlich-soziale Bewegung sich auf die Anwerbung und Eindrillung von rückständigen oder zweifelhaften proletarischen Elementen in einzelnen Zirkeln und gemischten, aus Arbeitern und Unternehmern bestehenden, Fachvereinen beschränkte, ging Alles nach den Wünschen der klerikal-aristokratischen Anführer. Die „Einigung der Klassen" im Interesse des Geldsacks und des Altars schien dem Grafen de Mun zur Wirklichkeit geworden zu sein, weil er das künstliche Milieu der Zirkel und Fachvereine mit der lebendigen gesellschaftlichen Wirklichkeit verwechselte. Kaum war es aber zur einer Berührung zwischen den einzelnen Zirkeln gekommen, als sich der proletarische Instinkt der Arbeiter gegen die Klassenverhöhnungsduselei recht deutlich geltend machte. Das geschah auf dem Kongreß von Reims, wo die Gründung einer christlich-demokratischen Partei beschlossen und deren Leitung ausschließlich Lohnarbeitern anvertraut wurde. Graf de Mun entsetzte sich nun darüber, wie eine Henne, die Enteneier ausgebrütet hat und nun vom Ufer aus dem fröhlichen Tummeln der jungen Brut im Teiche zusehen muß. Der Graf gluckt: „Durch diesen Beschluß hat der Kongreß aus der neuen Partei eine reine Arbeiterpartei gemacht. Wenn Jedermann der Partei beitreten kann, so ist es billig, daß Jedermann auch an deren Leitung theilnehmen kann, es sei denn, daß man aus der Arbeiterklasse eine neue herrschende Klasse machen will, die an Stelle der alten treten würde .... Diese Tendenz, die sich übrigens noch durch andere Anzeichen äußert, erachte ich für gefährlich." Die katholischen Arbeiter machen überhaupt zu viel Politik und entfernen sich zu sehr von den gebildeten Klassen. Das Heil dagegen liege darin, „die soziale Rolle der gebildeten Klassen nicht zu verkennen ..." Arme gräfliche Henne! Ihr bleibt nur der magere Trost, ihre guten Absichten von der Geldsackspresse anerkannt zu sehen. Auf die Wirkung ihres warnenden Gluckens rechnet kein vernünftiger Mensch.

Italien.

Rom, 18. Mai. In der gestrigen Kammersitzung brachte Cavallotti eine Interpellation ein über den Tod des Arbeiters Frezzi, welcher in Folge der im Polizeigefängniß von San Michele erlittenen Mißhandlungen gestorben sein soll. Der Justizminister erklärte, daß er nach den ersten Informationen geglaubt habe, es handle sich wirklich um einen Selbstmord, in der Folge habe er jedoch den Eindruck empfangen, daß man auf Grund der Eventualität eines Delikts eine Untersuchung einleiten müsse. Er habe hiervon die Behörde verständigt, welche sofort die Verhaftung mehrerer Polizisten anordnete, die in dem Augenblick den Dienst versahen, als Frezzi starb. Die Justiz verfolge die Untersuchung unabhängig von jedem Einflusse. Der Ministerpräsident erklärte, er habe schon seit längerer Zeit die Nothwendigkeit einer Reform der öffentlichen Sicherheit erkannt; er klage weder Jemand an noch rechtfertige er Jemand in dem Falle Frezzi, er erwarte den Beschluß der Behörde. Man möge jeden Mißbrauch zur Kenntniß bringen, doch möge man sich enthalten, die öffentliche Sicherheit, welche Ehre und Leben der Bürger beschütze, zu diskreditiren. Die sozialistischen Deputirten Costa uund Ravagli interpellirten gleichfalls über den Tod Frezzi's; Costa beantragte dann eine Motion betreffend die Schadloshaltung der Familie Frezzi's. Der Ministerpräsident erklärte, daß er einen Tag bestimmen werde, an welchem er sich über die Motion erklären werde.

Rußland.

Warschau, 15. Mai. Die russische Polenpolitik bringt seit der Ernennung des Fürsten Imeretinski zum Generalgouverneur von Warschau mancherlei widerspruchsvolle Erscheinungen zu Tage. Den Polen sind mancherlei Zugeständnisse gemacht; so z. B. die Aufhebung der Kontribution von 1863, die Erlaubniß zur Erwerbung von Großgrundbesitz durch Personen polnischer Abstammung in Litthauen und in der Ukraine, die der polnischen Presse ertheilte Erlaubniß, „polnische Angelegenheiten" zu besprechen und polnische Parteipolitik zu treiben, — auf der anderen Seite wird aber so tapfer russifizirt, wie nicht einmal zur Zeit des Gurkschen Regiments. So müssen von jetzt ab, wie der „Köln. Ztg." von hier berichtet wird, die städtischen Darlehnsvereine in ganz Polen ihre Bücher und die gesammte Korrespondenz ausschließlich in russischer Sprache führen. Wechsel müssen nicht nur in russischer Sprache geschrieben sein, sondern Acceptanten, Giranten u. s. w. müssen auch ihre Vornamen russifiziren. In zahlreichen Rettungsvereinen, Kinderasylen und Wohlthätigkeitsgesellschaften ist plötzlich die russische Sprache eingeführt worden. Neue in der Bildung begriffene Darlehnsvereine werden nur dann genehmigt, wenn sie die russische Sprache als Geschäftssprache annehmen. In verschiedenen Gouvernements müssen gegenwärtig polnische Beamte russischen Klubs beitreten. Pferdezucht und Sportvereine, die von Polen gegründet werden sollten, sind neuerdings in zahlreichen Fällen nicht gestattet worden. Im Gouvernement Plock müssen seit Kurzem Polen, die Todesanzeigen verschicken, sie in russischer Sprache drucken lassen. Ein Todesanzeige nur in polnischer Sprache wird in diesem Gouvernement nicht mehr gestattet. Ein Ausgleich zwischen Russen und Polen, wie er seit einiger Zeit von den ruhigeren polnischen Elementen und von mehreren Organen der Petersburger Presse angestrebt wird, ist nach Lage der Dinge ausgeschlossen. Die langjährige Feindschaft zwischen den beiden slavischen Volksstämmen ist auf der einen wie auf der anderen Seite schon zu sehr ins Blut übergegangen, sodaß sie geradezu erblich geworden ist. Dies gilt mehr für die städtische Bevölkerung und einen Theil des Adels als für die Bauernschaft, wo eine den Bedürfnissen entgegenkommende Gesetzgebung und Verwaltung vieles zur Milderung der schroffen nationalen Gegensätze beigetragen hat.

Der griechisch-türkische Krieg.

Die Kämpfe bei Domoko sind für die Griechen unglücklich verlaufen. So weit man nach den Nachrichten aus Konstantinopel und Athen es beurtheilen kann, mußten die Griechen sich zurückziehen, wollten sie nicht von der Uebermacht der Türken umgangen und erdrückt werden. Die telegraphischen Nachrichten darüber lauten:

Athen, 18. Mai. Der Hauptangriff der Türken gegen das Zentrum und den linken Flügel der griechischen Armee bei Domoko wurde abge-

Landesbibliothek Oldenburg

schlagen. Die Türken warfen indessen den rechten Flügel der griechischen Armee bei Halmyros zurück und setzten sich bei Kitiki nördlich der Linie Halmyros-Domoko fest, infolge dessen die Griechen auf die Gebirgsausläufer des Othrysgebirges an der alten Grenze zurückgingen.

Athen, 18. Mai 3 Uhr Morgens. Nach einer Privatdepesche ist Almyro aufgegeben und von 1500 Türken besetzt worden; Oberst Smolensky soll sich nach Keyhalosi zurückgezogen haben, doch wird in amtlichen Kreisen diese Nachricht für unwahrscheinlich betrachtet. Die Regierung hat den Heerführern die Entscheidung darüber überlassen, ob sie in Domoko bleiben oder sich auf den Othrys zurückziehen wollen.

Lamia, 18. Mai. Domoko ist von den Griechen geräumt worden.

Konstantinopel, 18. Mai. Edhem Pascha meldet die Einnahme von Domoko. Die Griechen wurden auf der ganzen Linie in die Flucht geschlagen und ziehen sich in's Othrysgebirge zurück.

Mit diesem letzten Erfolge der Türken dürfte nun aber der Krieg endgiltig beendet sein. Es verlautet in Konstantinopel, daß der Sultan, dem Drängen der Botschafter nachgebend, in einen Waffenstillstand eingewilligt habe. Die diesbezüglichen Befehle sollen alsbald den Truppenkommandanten zugehen.

Bezüglich der Friedensbedingungen herrscht noch große Unklarheit. Aus englischer Quelle wird gemeldet, daß in einer Versammlung der Botschafter am Montag, welche vier Stunden dauerte, eine Note ausgearbeitet wurde als Antwort auf die Friedensbedingungen der Türkei. Die Note wiederholt einfach die Aufforderung, die Feindseligkeiten einzustellen und erklärt formell, daß die Großmächte die Erdrückung Griechenlands nicht zulassen würden. Man nimmt an, daß die Militärpartei, welche den Sultan umgiebt, nach orientalischer Sitte viel verlangt habe, um nachher mit sich handeln zu lassen. Die Anhänger der Militärpartei erklären, daß die Türken keinen Grund hatten, Thessalien zu verlassen.

Die englischen Blätter warnen den Sultan vor einem Versuche, sich den Mächten gegenüber trotzig zu zeigen. Wenn die Türkei sich weigern sollte, Thessalien zu räumen, so würden die Großmächte energisch auftreten und, nachdem sie Kreta gemeinschaftlich besetzt haben, auch andere türkische Gebiete sequestriren.

Auch in Berlin ist bereits die amtliche Meldung eingetroffen, daß der Sultan den Befehl zur Einstellung der Feindseligkeiten auf dem griechisch-türkischen Kriegsschauplatze gegeben hat.

Deutscher Reichstag.

222. Sitzung vom 17. Mai 1897.

Am Bundesrathstisch: Herr v. Bötticher, Graf Posadowsky, v. Goßler, Unterstaatssekretär Dr. Fischer.

Haus und Tribünen sind schwach besetzt.

Eine lange Reihe von Urlaubsgesuchen wird bewilligt.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die zweite Berathung des Gesetzentwurfs, betr. den Servistarif und die Klasseneintheilung am Orte.

Abg. v. Leipziger (Kons.) referirt zunächst über die Verhandlungen und Beschlüsse der Budgetkommission. Der Servistarif ist im Allgemeinen angenommen und nur in den Sätzen etwas abgeändert worden. Außerdem hat die Kommission gleich ein Verzeichniß derjenigen Stellen des Landheeres und der Marine, die unter die ersten neuen Klasse des Servistarifes fallen, festgesetzt, während nach der Vorlage dies kaiserlicher Verordnung vorbehalten bleiben sollte.

Abg. Dr. Hammacher (Natl.) beantragt, die Vorlage zur nochmaligen Prüfung an die Budgetkommission zurückzuverweisen, da sie bis jetzt nur halbe Arbeit geleistet habe. Die Lückenhaftigkeit werde im Lande große Unzufriedenheit erregen.

Abg. Dr. Lieber (Zentr.) bemerkt zur Geschäftsordnung, daß er beabsichtigt habe, denselben Antrag zu stellen. Es sei zu wünschen, daß die Kommission auch über den von ihr abgelehnten § 2, der von der Klasseneintheilung der Orte handle, einen tabellarischen Bericht erstatte, damit das Plenum bei der zweiten Lesung daran anknüpfen und etwaige Anträge stellen könne.

Abg. Singer (Sozialdem.) erklärt sich gegen die Zurückverweisung an die Kommission, einmal aus formellen, dann aber auch aus materiellen Bedenken schwerer Art. Die Ungerechtigkeit werde geradezu an den Haaren herbeigezogen, die zu beseitigen die Hauptaufgabe der Kommission war. Alle diejenigen Beamten, die nicht in die höhere Servisklasse kommen, und das ist die Mehrzahl, würden auch keinen höheren Wohnungsgeldzuschuß erhalten und dadurch ungerecht benachtheiligt werden. Da sei es besser, die Sache zunächst beim Alten zu lassen. Das sei der stärkste Anreiz für die Regierung, die Wohnungsgeldzuschußfrage besonders zu lösen, und zwar möglichst rasch.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Hammacher-Lieber gegen Freisinnige, Sozialdemokraten und die Rechte abgelehnt.

Es wird also in der Berathung fortgefahren.

Vor der Abstimmung über § 1 bezweifelt Abg. Hammacher die Beschlußfähigkeit des Hauses. (Heiterkeit und Unruhe.)

Der Namensaufruf ergiebt die Anwesenheit von 141 Abgeordneten.

Nächste Sitzung: Dienstag 12 Uhr.

Tages-Ordnung: 1) Erste Berathung des Antrages Rickert und Genossen über die Aufhebung des Verbotes für politische Vereine, mit einander in Verbindung zu treten. 2) Handwerkervorlage.

Der Präsident hebt hervor, daß er die Tagesordnung in dieser Weise festlege, weil er damit dem Wunsche einer großen Anzahl von Mitgliedern und der Geschäftslage entspreche.

Abg. v. Kardorff (Kons.) erklärt, keinen Widerspruch erheben zu wollen (Rufe links: Können Sie gar nicht!), aber doch konstatiren zu müssen, daß die Reihenfolge der Initiativanträge festgesetzt sei und nicht durch das Belieben des Präsidenten durchbrochen werden dürfe. (Unruhe.)

Präsident v. Buol weist diesen Vorwurf als ungerecht zurück und verbittet sich jede Kritik seiner Geschäftsführung. (Lebhafter Beifall links und im Zentrum.) Schluß 2½ Uhr.

Gewerkschaftliches.

Zum Breslauer Tischlerstreik. In einer am 16. Mai abgehaltenen Versammlung der beiden Breslauer Tischler-Innungen und Möbelfabrikanten verpflichteten sich, der „Breslauer Zeitung" zufolge, 27 Fabrikanten und 69 Innungsmeister, vom 17. Mai ab ihre Werkstätten zu schließen. Im Ganzen werden hierdurch 866 Tischler betroffen.

Die Stuttgarter Metallarbeiter befinden sich in einer Lohnbewegung. Beschlossen ist, daß zunächst die Schlosser und Maschinisten die aufgestellten Forderungen durchfechten sollen. Davon würde besonders die Firma Lenis u. Co. betroffen werden. Der Verband der Metallindustriellen hat daraufhin geplant, falls die Arbeiter von Lenis u. Co. ernst machen, sämmtliche Fabriken zu schließen. Die Metallarbeiter werden sich dadurch nicht ins Bockshorn jagen lassen.

Aus Stadt und Land.

Bant, 19. Mai.

Hausbesitzerversammlung. Auf die für morgen Abend im Saale des Hrn. Cornelius anberaumte Hausbesitzerversammlung der Gemeinde Bant sei nochmals an dieser Stelle aufmerksam gemacht. Sie wird hoffentlich die Verwirklichung des Wunsches, die Gemeinde so bald wie möglich mit Wasser versorgt zu sehen, mit sich bringen.

Die Personenstandsaufnahme hat eine Bevölkerungszahl von 12250 Seelen ergeben. Darunter 3600 Censiten oder Steuerpflichtige.

Wilhelmshaven, 19. Mai.

Zur Lohnbewegung der Bauhandwerker. In der gestern Abend bei Sadewasser in Tonndeich stattgefundenen Versammlung der Maurer wurden die Antworten der Unternehmer mitgetheilt. Danach haben 20 Unternehmer die Verkürzung der Arbeitszeit auf 9½ Stunden und entsprechende Lohnerhöhung bewilligt. Im Laufe des Vormittags sind noch 5 Unternehmer dazugekommen. Es wurde beschlossen, bei den 17 Unternehmern, die sich weigerten, die Forderung zu acceptiren, die Arbeit niederzulegen. Das ist denn heute Morgen auch geschehen. Die Zahl der Streikenden konnte noch nicht festgestellt werden. — Die Bauarbeiter sind mit ihrer Forderung, die eine höhere Lohnforderung in sich schließt, als die Arbeitszeitverkürzung ausmacht, auf Widerstand gestoßen und nicht zur Entscheidung gekommen. Die Maurer haben es aus praktischen und taktischen Gründen abgelehnt, sich mit den Bauarbeitern solidarisch zu erklären. Es ist zu erwarten, daß die Bauarbeiter sich mit den Maurern zu einem gemeinsamen Vorgehen vereinbaren, wenn die ersteren ihre Forderung dahin präzisiren, daß die Lohnerhöhung nur der Arbeitszeitverkürzung entspricht. Die Versammlung, die darüber entscheiden soll, findet morgen Abend bei Sadewasser statt.

Aurich, 14. Mai.

Gerichtliches. Vor der Strafkammer des Landgerichts wurden gestern folgende Fälle behandelt. Der 14 Jahre alte Laufbursche Ernst Meyer, der 15jährige Laufbursche Bruno Pollmann, der Klempnerlehrling Franz Felix, 15 Jahre alt, und der Hausfohn Alfred Wittenburg, sämmtlich zu Wilhelmshaven, hatten sich wegen Diebstahls, bezw. Beihilfe und Hehlerei zu verantworten. Der Hauptangeklagte Meyer, der aus der Untersuchungshaft vorgeführt wird, hat am 8. März die Ladenkasse des Konditors Gerlach zu Wilhelmshaven ausgeleert, wobei ihm etwa 30 Mark in die Hände fielen. Pollman, der bei Gerlach bedienstet war, hat bei Ausführung des Diebstahls Wache gestanden, um Meyer zu benachrichtigen, falls das Ladenfräulein in den Laden zurückkehrte. Felix, der um den unrechtmäßigen Erwerb des Geldes wußte, hat dem Pollmann dann dabei geholfen, dasselbe möglichst rasch unterzubringen. Für Revolver, Patronen, Messer, Bier und Zigarren ist der größte Theil des Geldes verausgabt. Für den noch verbliebenen Rest machte Pollmann in Gemeinschaft mit dem Knaben Wittenburg und Peter am anderen Tage eine Vergnügungsfahrt nach Jever. Der schon wiederholt wegen Diebstahls vorbestrafte Pollmann, der gelegentlich des Revolvereinkaufes auch eine solche Waffe von dem Ladentische verschwinden ließ, wurde zu 1 Jahre, Meyer zu 1 Woche und Felix zu 2 Wochen Gefängniß verurtheilt, während Wittenburg freigesprochen wurde. — Wegen Verbrechens gegen das keimende Leben hatten sich die Haushältern Hinnerina Post zu Hammewhrum und die Ehefrau Mennenga zu Rechtsupweg zu verantworten. Während die erstere der Anklage gemäß schuldig befunden und zu zwei Monaten Gefängniß verurtheilt wurde, erfolgte bezüglich der letzteren Freisprechung, der mitangeklagte Landwirth Rössingh aus Hammewhrum hat sich durch die Flucht der Verfolgung entzogen. — Freisprechung erfolgte gegen den Müllergesellen Folkert Müntinga-Norden von der Anklage der Majestätsbeleidigung. — Diebstahl von Kartoffeln im Werthe von 12 Mk. zum Nachtheile des Kaufmanns Begemann in Wilhelmshaven, sowie verschiedener Bettstücke, brachten dem wegen gleicher Vergehen schon vorbestraften Arbeiter Bernstorf in Wilhelmshaven 1 Jahr Zuchthaus ein. — In der Berufungsinstanz wurde der Landwirth Remmer Harms aus Regenbargen wegen Jagdvergehens zu einer Geldstrafe von 30 Mk. verurtheilt.

Oldenburg, 18. Mai.

Kriegervereine und Politik. Die letzte Nummer des „Kriegerbund" enthält einen Artikel über den Kommuneaufstand 1871 vom Hauptmann Baltk, welcher verdient, festgenagelt zu werden, ist doch derselbe ganz nach dem Grundsatz: „Verleumde kühn, es bleibt schon etwas hängen", gehalten. Daß wir das ganze Machwerk wiedergeben, verlohnt sich nicht der Mühe, doch wollen wir eine kleine Blumenlese halten und dies Bouquet wird genügen, das geistige Niveau dieser Presse zu erkennen und zu ermessen. Es heißt in dem Geschreibsel: „An der Spitze der Regierung standen verkommene Handwerker, Arbeiter, katilinarische Existenzen der besseren Gesellschaftsklassen, die der Bevölkerung nicht einmal dem Namen nach bekannt waren. Als man erkannte, daß die Revolution nur eine örtliche Meuterei bleiben werde, begann in Paris eine Schreckensherrschaft von Banditen, zur Befriedigung von Geldgier und privaten Rachgelüsten wurde allmählich Diebstahl, Straßenraub, Brandstiftung und Meuchelmord von Behörden und den Einzelnen verübt . . . Bettler sind sie, die Offiziere, zu Soldaten verkleidet, die die Uniform in Lumpen verwandeln, die Hosen aus Drell, den Säbel zwischen den Beinen, den Gurt herabhängend an dem zu weiten Rock, das schmierige Käppi als Kranz auf dem schmierigen Kopf, die Augen weinselig, die Sprache lallend, so waren die Tröpfe beschaffen, die das Land befreien wollten vom Säbelregiment und nichts an die Stelle zu setzen vermochten als das Regiment des Säuferwahns . . . Die Kommune fristete ihr Dasein mit Erpressungen bei der Bank, bei den Eisenbahnen und Privaten, ihr Zeitvertreib war die Plünderung und Schändung der Kirchen, der Einbruch in Sakristeien . . ." Doch es sei genug, der Ekel überkommt einem, die bodenlosen Gemeinheiten niederzuschreiben und unsere Leser werden an der Blumenlese genug haben. Daß die Kommune großes gewollt und während ihrer kurzen Herrschaft für das geknechtete Volk auch geleistet hat, davon kann sich Jeder überzeugen, der ehrlich die Regierungsakte der Kommune durchgeht und darum dann die Rache der Bourgeoisie, die an fünfzigtausend Menschen niedermetzeln ließ. Die Devise der Kriegervereine läßt sich nach dieser Leistung gut umschreiben in den Wahlspruch: Für Thron, Altar und Geldsack!

Bremen, 13. Mai.

Die Weber und Weberinnen der Jute-Spinnerei und Weberei Bremen, ca. 400 an der Zahl, sind ausständig. Der zur Verhandlung mit der Direktion gewählten Kommission erklärte der Herr Direktor Hafemann, daß er die von den Arbeitern der Weberei-Abtheilung aufgestellten Forderungen nicht bewilligen könne. Er könne nicht mehr thun, als was er bereits bewilligt habe. (Das war für schwere Arbeit — Garnnummer 12 — die geforderten 20 Pf. pro 100 Meter Zuschlag, für alle anderen Nummern 5—7 Pf. statt der geforderten 15 Pf. pro 100 Meter. Die angeblich bewilligten Aufschläge auf den Akkordlohn sind jedoch bisher nicht bezahlt worden.) Zugegeben sei die Einrichtung eines Ankleideraumes, da diese ihm ohnehin von anderer Seite zur Pflicht gemacht werde. Eine am Sonntag Nachmittag in Dreyers Volksgarten tagende, von ca. 240 Webern und Weberinnen besuchte Mitgliederversammlung nahm den Bericht der Kommission entgegen, beschloß indeß, zunächst weitere Verhandlungen abzuwarten. Da jedoch die gemäßigte Kommission am Montag ebenfalls wieder abschlägig beschieden ward, blieben nahezu sämmtliche Weber und Weberinnen am Dienstag Morgen der Arbeitsstätte fern. Es arbeiteten Mittags 15 bis 20 Weberinnen. Die Ausständigen bestehen auf ihren Forderungen, da sie zu den bisherigen Lohnsätzen kein Auskommen finden können.

Aus Mecklenburg.

Die ländlichen Wohnungsverhältnisse auf den mecklenburgischen Rittergütern befinden sich sehr oft im schreiendsten Widerspruch zu den schönklingenden Redensarten, welche Lobpreiser der patriarchalischen Verhältnisse der Landarbeiter zuweilen loslassen. Schon oft sind diese Redensarten in dieser Zeitung auf ihren Unwerth zurückgeführt. Heute sei wiederum ein kleiner Beitrag an Material geliefert, auf Grund dessen sich ein jeder Leser ein Urtheil über die von den Junkerblättern so gepriesene Arbeiterfreundlichkeit mecklenburgischer Junker bilden kann. Es handelt sich — schreibt die „Mecklenb. Volksztg." — um die Einquartierung von 34 Schnittern aus Ostpreußen auf dem Rittergute Maikendorf, Ritterschaftliches Amt Gnoien. Maikendorf, an Umfang eines der größten mecklenburgischen Güter, gehört dem Grafen von Bassewitz-Behr. Die 34 Schnitter, unter denen sich verheirathete und ledige Personen beiderlei Geschlechts befinden, sind in zwei leer stehenden Tagelöhnerwohnungen untergebracht, so daß auf jede Wohnung 17 Personen kommen. Jede Wohnung besteht aus 1 einfenstrigen Stube von 3,90 m Länge, 3,70 m Breite und 2,40 m Höhe; 1 schmalfenstrigen Kammer von 3,50 m Länge, 2,60 m Breite, 2,40 m Höhe; 1 fensterlosen Küche von 3,50 m Länge, 2,60 m Breite und 2,40 m Höhe. Ueber der Wohnung, direkt unter dem Strohdach, befindet sich ein niedriger Boden, der nur in der Mitte erwachsenen Personen eine aufrechte Haltung gestattet. Der Fußboden der Stube, Kammer und Küche besteht aus Lehmschlag; an den Wänden sind Spuren eines einstmaligen Kalkanstriches zu entdecken. Die Verbindungsthür zwischen Stube und Kammer ist ausgehoben und entfernt, um Platz zu ersparen. Der Fußboden in der Kammer und in der Stube ist mit Strohlager bedeckt; es sind kurze Pfähle in den Lehmschlag getrieben und an diesen Pfählen Latten befestigt; dadurch werden niedrige Verschläge gebildet, auf die sich die einzelnen Familien der Schnitter vertheilen. In der Wohnstube ist außerdem ein Tisch aufgeschlagen, an welchem die Insassen jeder Wohnung ihre Mahlzeiten einnehmen sollen, die auf dem Herd in der Küche gemeinsam bereitet werden müssen. Die eine Wohnung ist für die verheiratheten Schnitter und Schnitterinnen bestimmt; jedem Ehepaar ist ein schmaler Verschlag als Lagerplatz zugewiesen. Außerdem sollen auf dem Dachboden dieser Wohnung die ledigen Männer ihr Nachtlager aufschlagen. Die andere Wohnung ist von den ledigen Mädchen eingenommen, die dort unter der Aufsicht eines mit seiner Ehefrau einquartierten Vorarbeiters hausen sollen. Man stelle sich die kleine, enge, niedrige Wohnung vor und man erhält ein Bild davon, wie eingepfercht die Schnitter und Schnitterinnen wohnen müssen! Und in demselben Raum, in welchem ein Theil schläft, müssen auch die Mahlzeiten eingenommen werden! Es ist klar, daß die bescheidensten Ansprüche an Ordnung und Sauberkeit in einem derartigen engen Massenquartier nicht befriedigt werden können. Und wo bleibt die Sittlichkeit und das natürliche Schamgefühl? Man bedenke, daß die Ehepaare sowohl wie die ledigen Personen sich zum Theil bisher noch nie gesehen haben und jetzt gezwungen sind, die intimsten Vorgänge unter den Augen fremder Personen vorzunehmen! Solche Zustände fordern die schärfste öffentliche Kritik heraus. Und dabei kann von einer Wohnungsnoth in Maikendorf absolut keine Rede sein. Wenn auch die Schnitterkaserne, ein neues für die Schnitter bestimmtes Gebäude, noch nicht vollendet ist, so hätte man doch die eingetroffenen 34 Schnitter in einer mehr der menschlichen Würde entsprechenden Weise einquartieren können. Der Herr Graf, welcher seinen ständigen Wohnsitz in Lügum hat, benutzt mit seiner Familie das Wohnhaus auf dem Hofe nicht; dasselbe bietet ausreichenden Platz, um die 34 Schnitter unterzubringen. Aber selbstverständlich stehen die ostpreußischen Arbeiter und Arbeiterinnen in den Augen des Grafen und seines Stellvertreters so tief, daß ihm der Gedanke wohl nicht einmal im Traume kommen wird, die Art und Weise, wie man diese Menschen in Maikendorf einquartiert hat, sei eine ganz unzulässige, bei der wichtige gesundheitliche Rücksichten unbeachtet geblieben sind. Diese Einquartierung der Schnitter auf einem mecklenburgischen Rittergute, dessen Besitzer ganz gewiß nicht zu den „nothleidenden" Agrariern gezählt werden kann, der vielmehr als einer der reichsten mecklenburgischen Grafen bekannt ist, zeigt jedem unbefangenen Leser auf das Deutlichste, wie hoch Gesundheit und Sittlichkeit der Arbeiter in den Augen der Junkerschaft bewertet sind. Und immer giebt es noch Arbeiter, die einfältig genug sind, zu glauben, am ihr Wohl und Wehe sei es am Besten bestellt, wenn sie sich der Junker-Führerschaft blindlings anvertrauen!

Vermischtes.

Das große Loos der preußischen Klassenlotterie mit 500000 Mk. ist dieses Mal nach Neisse gefallen. An dem Loose waren fast ausschließlich kleine Leute betheiligt, und zwar sind im Einzelnen Kaufleute, Handwerker, zum Beispiel einige Schneidergesellen, Hoboisten, Dienstmädchen, Kellner und Kellnerinnen, ein Briefträger und ein Landmann, die nun am Gewinn theilnehmen. Selten ist wohl Fortuna so wenig blind gewesen wie diesmal. Fast alle glücklichen Gewinner nahmen die Fügung des Schicksals mit ziemlichen Gleichmuth hin. Am Sonntag sah man einige von ihnen beim Sektfrühstück; diese Extravaganz ist ihnen aber an diesem Tage gewiß nicht übel zu nehmen."

Verbrannt während des Schlafes sind acht herumziehende Feldarbeiter, die auf einem Gutshofe bei Etampes in Frankreich in einem Strohschuppen ihr Nachtlager aufgeschlagen hatten.

Niedergebrannt ist in Lodz die größte Fabrik Polens, die Scheibler'sche Appretur-Anstalt. Sämmtliche Waarenvorräthe und Maschinen sind mit verbrannt.

Eingesandt.

Achtung Maurer! Die Hartnäckigkeit einiger Unternehmer hat nun doch den Streik, wenn auch nur den partiellen, herbeigeführt. Die gestern in Sadewasser's „Tivoli" versammelten Maurer haben beschlossen, bei denjenigen Unternehmern, welche die 9½stündige Arbeitszeit und eine dementsprechende Lohnerhöhung einzuführen sich geweigert, die Arbeit niederzulegen.

Das unterzeichnete Streikkomitee appellirt nun an das Solidaritätsgefühl derjenigen Maurer, die in der Versammlung nicht anwesend waren, der Bewegung sich anzuschließen und den kämpfenden Kollegen nicht in den Rücken zu fallen. Es dürfte die Unternehmer keine große Ueberwindung kosten, die 1½stündige Mittagszeit ihren Arbeitern zu gewähren, ohne einen Lohnabzug dafür vorzunehmen. Sie zur Nachgiebigkeit zu zwingen, das ist Pflicht aller Maurer und bedingt ein solidarisches Handeln.

Bant, 19. Mai 1897.

Das Streikkomitee.

Alle Anfragen und Mittheilungen betreffs der Bewegung sind an das Streikkomitee, das bei E. Janßen, Grenzstr., sein Bureau hat, zu richten.

Den Zuzug fernzuhalten, wird dringend gebeten!

Neueste Nachrichten.

Berlin, 18. Mai. Dem Reichstag ging ein dritter Nachtragsetat zu, worin der Renumerationsfonds des Auswärtigen Amtes um 60000 Mk. erhöht wird. — Der Bundesrath hielt heute eine Plenarsitzung ab. — Das Abgeordnetenhaus verwies die Vorlage des Vereinsgesetzes an eine Kommission von 28 Mitgliedern mit den Stimmen der Konservativen und der Freikonservativen gegen die übrigen. Auch die Nationalliberalen stimmten dagegen, weil sie nur eine 21gliedrige Kommission wünschten.

Leipzig, 18. Mai. Wie das „Leipziger Tageblatt" bestätigend meldet, wird der Entscheidungstermin des Schiedsgerichts in Sachen der lippischen Thronfolgefrage unter dem Vorsitz des Königs von Sachsen am 21. Juni stattfinden.

Halle, 18. Mai. Der Kongreß der lokal organisirten Gewerkschaften Deutschlands beschloß, eine aus sechs Personen bestehende Zentralkommission mit dem Sitz in Berlin zu wählen, die die Aufgabe hat, die Agitation für die lokal organisirten Gewerkschaften planmäßig zu leiten und die Interessen der Organisation nach außen durch die Presse zu vertreten. Der Kongreß proklamirte außerdem die unbedingte Solidarität der lokal organisirten Arbeiter mit allen Arbeitern ohne Rücksicht auf Organisation, sowie politische Anschauung, soweit sie auf dem Boden des Klassenkampfes stehen. Im Weiteren wurde die Herausgabe eines Preßorgans für die lokal organisirten Gewerkschaften Deutschlands beschlossen.

Briefkasten.

F. S. W., Wilhelmshaven. 1. Berechtigt sind Sie dazu nicht; jedoch können Sie bei dem Meister anfragen, ob er Ihnen diese Vertretung des Interesses Ihres Freundes gestattet. Thut er das nicht, so wenden Sie sich doch mit ihrem Freund ans Gewerbegericht. 2. Daß in jedem Geschäft ein Werkführer sein muß, darüber giebt es keine gesetzliche Bestimmung.

Hochwasser.

Donnerstag, 20. Mai Vorm. 3,36 Nachm. 3,54

Landesbibliothek Oldenburg

Immobil-Verkauf.

Sander Altenhof. Zweiter Termin zum Verkaufe der hierf. belegenen, den Erben der weil. Wirthin **M. H. Wilken Frau Wwe.** gehörigen

Besitzung

als das bisher zur

Schenkwirthschaft und Handlung

benutzte Gebäude mit angebautem Saal nebst 4 a 18 qm großem Haus- und Hofraum

ist angesetzt auf

Sonnabend den 22. Mai d. J.
Abends 6½ Uhr

in Frau **Wwe. Wilken Gasthause zu Mariensiel.**

Kaufliebhaber ladet freundlichst ein

J. H. Gädeken,
Auktionator.

Haus-Verkauf.

Anderer Unternehmungen halber ist ein neues, zu fünf Wohnungen eingerichtetes

Wohnhaus

an guter Lage mit geringer Anzahlung sofort zu verkaufen.

Von wem? ist zu erfragen in der Expedition d. Bl.

Verkauf.

Am Donnerstag, 20. d. M.,
Nachmittags 3 Uhr anfangend

werde ich für Rechnung des Händlers Ad. Wessels hierselbst im Gasthause des Herrn **Ad. Scholz** hierselbst

40 bis 50 Stück
große und kleine

Schweine

öffentlich meistbietend auf Zahlungsfrist verkaufen.

Heppens, den 14. Mai 1897.

R. Abels,
H. Reiners Nachfolger.

Verkauf.

Die Viehhändler **Gebr. Bunk** zu Wittmund lassen am

Donnerstag den 20. d. M.
Nachm. 2 Uhr anf.

bei der Behausung des Wirths **Andreessen** zu Sedan

6 kräftige

Arbeitspferde

und ca. 70 Stück
große und kleine

Schweine

bester Race

mit Zahlungsfrist öffentlich meistbietend verkaufen.

Neuende, den 15. Mai 1897.

H. Gerdes,
Auktionator.

Zu verkaufen

10 Stück allerbeste, 4jährige **Litthauische**

Doppel-Ponies,

sowie 30 Stück große und kleine

Schweine.

H. Frels, Bant, am Markt.

Gutes Logis f. 1 anst. jg. Mann
Kieler Straße 65, u. r.

Oeffl. Hausbesitzer-Versammlung.

Da der Gemeinderath von Bant in zweiter Lesung dem Vertrag mit dem Ingenieur Smreker zu Berlin betreffend

Bau und Betrieb einer Wasserleitung

für die Gemeinden **Bant, Heppens und Neuende** seine Zustimmung ertheilt hat, ist es Sache der Hausbesitzer, sich über den Anschluß an die Wasserleitung auszusprechen.

Zu diesem Zwecke ladet der Unterzeichnete dieselben ein zu einer Besprechung auf

Donnerstag den 20. Mai
Abends 8 Uhr
im Saale des Colosseums (Inh.: Herr Cornelius) zu Bant.

Zu dieser Versammlung wird Herr Ingenieur Smreker, im Verhinderungsfalle sein Vertreter erscheinen, um alle wissenswerthen Auskünfte zu geben.

Um vollzähliges Erscheinen der Herren Hausbesitzer ersucht

Der Gemeindevorsteher.
Meentz.

Donnerstag den 20. Mai
Abends 8 Uhr

Oeffentliche Bau- und Erdarbeiter-Versammlung

im Lokale des Herrn **Sadewasser,** Tonndeich.

Tagesordnung:

1. **Lohnbewegung und Stellungnahme zu dem Beschluß der letzten öffentlichen Maurerversammlung.**
2. **Verschiedenes.**

Das pünktliche Erscheinen sämmtlicher Kollegen ist dringend erforderlich. **Die Lohnkommission.**

Waarenhaus
B. H. Bührmann.

Massen-Auswahl
in hochfeinen neuen

Waschstoffen

für Kleider und Blousen:

Cattun, Satin, Crepe, Batist
Mull, Rips, Crepon 2c.

Meter 35, 40, 45, 50, 60, 75, 90, 110 Pf.

Preise sehr niedrig!

Geschäfts-Eröffnung.

Dem geehrten Publikum von Wilhelmshaven und Umgegend die ergebene Mittheilung, daß ich **Müllerstraße 18** einen

Rasier-, Frisier- u. Haarschneide-Salon

eröffnet habe. Für aufmerksame, gute und saubere Bedienung wird gesorgt. Dieses meinen geehrten Gönnern, Freunden und Bekannten zur gefälligen Nachricht.

R. Schneider, Friseur,
Ecke der Müller- und Ulmenstraße.

Frdl. möbl. Stube. mit Schlafz.
zu vermiethen. Grenzstr. 26.

Frdl. Logis für einen jg. Mann
Grenzstraße 50, 1 Tr.

Banter Konsumverein

(e. G. m. b. H.)

Freitag den 21. Mai
Abends 8 Uhr

Holz-Auktion.

Der Vorstand.

Folgende Sachen

sind billig unter der Hand **zu verkaufen:**

ein Sopha, ein mahag. Kleiderschrank, eine Bettstelle mit Matratze, allerlei Bilder und Nippfiguren und noch vieles Andere.

J. Wagner, Schmiedestr. 20.

Gesucht

ein tüchtiger, solider Klempner, welcher selbständig arbeiten kann.

Näheres bei **F. Hügel,** Schmiedestraße 16.

Gesucht

ein kräftiger **Lehrling** für meine Schmiede- und Schlosserwerkstatt.

Zu erfragen bei D. Hanssen, Hinterstraße 25.

Ein tüchtiger Agent

für eine der ersten **Lebensversicherungs-Gesellschaften.**

Offerten unter Chiffre J. C. H. befördert die Expedition d. Bl.

Ein Kanarienvogel

entflogen. Dem Wiederbringer eine Belohnung. Verl. Peterstr. 4, part.

Bernh. Dirks

Wilhelmshaven

Grösstes hies. Fahrrad-Geschäft

empfiehlt zu **denkbar niedrigsten Preisen**

Fahrräder

für **Damen** und **Herren** — **das Neueste und Beste der Saison** — aus nachfolgenden weltbekannten Fabriken

Seidel & Naumann
Adam Opel
Brennabor-Fahrradwerke
Wanderer-Fahrradwerke
Badenia-Fahrradwerke.

Stets 40—60 Räder auf Lager.

Weitgehendste Garantie.
Günstige Zahlungsbedingungen.
Umtausch gebrauchter Fahrräder.

Polsterreifen-Räder
sehr billig.

Neu! **Lern-Apparat.** Neu!
Jeder kann fahren, ohne zu fallen.

Geschäftshaus Georg Aden.

Wenn Sie meine fein fein verarbeiteten Herren-Anzüge, Paletots und Knaben-Anzüge ansehen, werden Sie es selber kaum glauben, dass es möglich ist, für derartigen niedrigen Preis solche wirklich elegante Sachen zu liefern.

Arbeiter-Turn-Verein

Phönix.

Freitag den 21. Mai cr.:

Mitglieder-Versammlung

im Vereinslokal „Zur Arche".

Tagesordnung:

1. Hebung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Ergänzungswahl des Vorstandes.
3. Verschiedenes.

Die Versammlung beginnt **punkt 8 Uhr;** nach derselben: **kleine Abschiedsfeier.** Die Mitglieder und insbesondere die Neuangemeldeten wollen sich vollzählig und pünktlich einfinden.

Der Vorstand.

Roth-, Leber- und Sülzwurst

5 Pfund 1 Mk. 50 Pf.
empfiehlt

E. Langer,
Neue Straße 10.

Abgesahnte Milch

pro Liter 4 Pf.
empfiehlt

Schmidt, Banter Mühle.

Drucksachen aller Art
liefert geschmackvoll und billig **Paul Hug.**

Nachruf!

Plötzlich und unerwartet verschied am Dienstag Abend, 36 Jahre alt, unser braver Freund und Arbeitsgenosse,

der Kesselschmied

Georg Meyer

was wir hiermit zur schuldigen Anzeige bringen.

Möge dem Dahingeschiedenen, der uns ein wackerer und uneigennütziger Freund und Genosse war, die Erde leicht sein!

Bant-Wilhelmshaven.

Seine näheren Freunde und Genossen.

Die Beerdigung findet Donnerstag Nachmittag 2½ Uhr statt.

Nachruf!

Dienstag Abend 10½ Uhr starb plötzlich und unerwartet nach nur zweitägiger Krankheit unser braves Vereinsmitglied

Georg Meyer

im Alter von 36 Jahren, was den Mitgliedern hiermit zur schuldigen Kenntniß gebracht wird.

Der Verein wird dem Verstorbenen stets ein gutes Andenken bewahren. Sanft ruhe seine Asche!

Die Beerdigung findet Donnerstag Nachmittag 2½ Uhr vom Sterbehause, Hinterstr. 15, aus statt.

Der Vorstand
des Unterstützungs-Vereins der Kesselschmiedewerkstatt der K. W.

Die Beerdigung

meines verstorbenen Mannes

Georg Meyer

findet Donnerstag den 20. Mai, Nachmittags 2½ Uhr, vom Trauerhause, Hinterstraße 15, aus statt.

Die trauernde Wittwe:
Auguste Meyer.

Redaktion, Druck und Verlag von Paul Hug in Bant.

Landesbibliothek Oldenburg